



## Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Klais

Telefon: (0221) 221 29366

Fax: (0221)

E-Mail: bruno.klais@stadt-koeln.de

Datum: 24.10.2018

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 04.09.2018, 15:00 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Monika Roß-Belkner	CDU

#### Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Reinhold Goß	Stadtschulpflegschaft

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

### **Beratende Mitglieder**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Ebru Weber	auf Vorschlag des Integrationsrat
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Die Verwaltung schlägt vor, folgende Punkte zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen:  
zu TOP 2.1 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom heutigen Tag vor

zu TOP 2.2 liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bunt vom heutigen Tag vor

die Beantwortung zu TOP 3.2.1 liegt vor sowie weiter die neuen Anfragen unter den TOP 3.2.2 zuzüglich Beantwortung sowie 3.2.3 und 3.2.4

zusätzliche Beschlussvorlagen unter TOP 4.8 sowie 4.9 und als Tischvorlagen unter den TOP 4.10 und 4.11

die Mitteilungen unter TOP 5.11 und als Tischvorlage TOP 5.12

im nicht-öffentlichen Teil als Tischvorlage TOP 11.1

Herr Dr. Schlieben informiert, dass der TOP 13.1 vorgezogen werden soll; somit erhalten die Schulleiter um 17:00 Uhr Gelegenheit, sich vorzustellen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, beantragt, den TOP 5.12 vorzuziehen und wegen des thematischen Zusammenhangs mit TOP 3.1.2 zu behandeln.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, beantragt für ihre Fraktion die TOPs 4.1 zusammen mit 4.9 zu sehen und beide ohne Votum weiterzuleiten. Zu dem TOP 4.4 hat ihre Fraktion Beratungsbedarf. Die TOPs 4.10 und 4.11 seien von der Verwaltung sehr spät vorgelegt worden; auch dazu besteht Beratungsbedarf. Sie beantragt, den TOP 4.10 um eine Sitzung (also auf den 5. November) zu schieben und den TOP 4.11 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, erbittet von der Verwaltung eine Stellungnahme, welche Folgen eine ggf. Zurückstellung des TOP 4.4 um eine Sitzung auf die bevorstehenden Anmeldeverfahren hätte. Sollte die Vorlage dringlich sein, dann sollte sie ohne Votum weitergereicht werden und eine Sondersitzung vor dem Rat stattfinden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, verweist auf den gemeinsamen Termin der schulpolitischen Sprecher im Juni und die Beratung in der letzten Ausschusssitzung; er plädiert dafür, auf jeden Fall den Beschluss in der Septembersitzung des Rates zu fassen. Gleiches gilt für den TOP 4.10; seine Fraktion äußert zu dieser Vorlage Beratungsbedarf im Hinblick auf den Ganzttag und stimmt deswegen einer Verschiebung zu.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, betont zu TOP 4.4, ihre Fraktion habe die vertikale Trennung der Züge vorgeschlagen; sie möchte zu den Voten der Schule eine Antwort haben. Ihre Fraktion schlägt vor, den TOP 4.3 ohne Votum in die Gremien zu verweisen.

Herr Dr. Schlieben unterbreitet den Vorschlag, Antrag und Änderungsantrag zu TOP 2.1 in den JHA zu verweisen, weil dieser fachlich zuständig sei. Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen plädiert dafür, die Schulsozialarbeiterstellen nicht gleichmäßig zu verteilen, sondern an dem jeweiligen Bedarf der Schulen orientiert.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, begründet die Dringlichkeit des Antrages seiner Fraktion unter TOP 2. 2 damit, dass jetzt nach Schulbeginn eine ganze Reihe von Anfragen im Fraktionsbüro ankommen, weil die Schulen erfahren wollen, wann mit der zweiten Reinigung der Toiletten begonnen wird.

Herr Dr. Schlieben lässt über die Dringlichkeit dieses Antrages abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestätigt mit 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen der CDU-Fraktion einstimmig die Dringlichkeit des Antrages.

Zu dem letztgenannten Tagesordnungspunkt 4.4 führt Herr Dr. Schlieben aus, dass aus seiner Sicht noch einige Punkte zu klären sind:

>ihm liegt ein Schreiben des LVR vom August vor, womit der LVR Bedenken gegen das Vorgehen der Stadt Köln äußert. Er bittet die Verwaltung darum, dieses Schreiben allen Mitgliedern des Schulausschusses sowie der Bezirksvertretung 3 zusammen mit einer Stellungnahme der Verwaltung dazu zur Verfügung zu stellen

>die Verwaltung möge rechtzeitig vor der Sitzung der BV Lindenthal am 24. September verdeutlichen, warum allein am Standort Berrenrather Straße 488 die Gründung einer Gesamtschule nicht möglich ist

>weiter bittet er um eine Stellungnahme zu der denkbaren Option, d.h. der schulrechtlichen Möglichkeit zur Gründung eines Hauptschulzweiges am Standort Berrenrather Straße, wie dies seit Kurzem durch eine Änderung des Schulrechtes möglich ist. Inwieweit spielt dies für die Schulentwicklung in Lindenthal oder Sülz eine Rolle? Wäre dies eine Alternative?

Für den Fall, dass der Beratungsbedarf gleich nicht akzeptiert wird, stellt er fest, bliebe die Vorlage wie vorgesehen in der Beratungskette, sodass der Rat noch am 27. September 2018 entscheiden könne. Würde eine Mehrheit dem Beratungsbedarf folgen, so sollte gleichwohl die BV 3 beginnen mit der Beratung und zwar in der Sitzung am 24. September und einer Beschlussfassung im Schulausschuss im November und im Rat ebenfalls im November.

Frau Dr. Klein betont in ihrer Stellungnahme, dass die Ratssitzung im September erreicht werden muss, weil im Oktober 2018 die Elterninformationsgespräche stattfinden und im Februar 2019 das Anmeldeverfahren startet. Würde der Beschluss nicht im September gefasst, würde man der Gesamtschule in ihrer Startphase gravierende zusätzliche Hürden errichten.

Eine solide Vorbereitung ist aber eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Start einer neuen Schule. Die Verwaltung schlägt einen Beginn mit 4 Zügen in der Sek I und mit 2 Zügen in der Sek II zum Sommer 2019 vor. Die Dezernentin informiert darüber, dass die Elsa-Brändström-Realschule im Anmeldeverfahren für das neue Schuljahr 2018/19 nur 7 reguläre Anmeldungen plus der Anmeldungen für die Sportklassen bekommen habe; die Ernst-Simons-Realschule hat 42 Schülerinnen und Schüler aufgenommen.

Weiter begründet sie die Notwendigkeit der Einrichtung einer Gesamtschule und weist darauf hin, dass diese perspektivisch auch Sportschule NRW sein und den Verbund stärken könnte. Zudem haben sich beide betroffenen Schulen durch einstimmige Schulkonferenzbeschlüsse für eine Gesamtschulgründung ausgesprochen. Die Verwaltung habe der Bezirksbürgermeisterin Frau Blömer-Frerker und den schulpolitischen Sprechern bereits sehr früh, nämlich in einem Gespräch am 04.06.2018, ausführliche Informationen zum Verwaltungsvorschlag präsentiert, der heute zur Beratung vorliegt.

Zum Schreiben des LVR stellt sie fest, dass auch der LVR gut nachvollziehen könne, dass man in Köln mehr Gesamtschulplätze braucht. Bedenken sind nur hinsichtlich einer möglichen Konkurrenz in der Sek II zur Anna-Freud-Schule vorgetragen worden; die Verwaltung sieht dies jedoch - ebenso wie Bezirksregierung - genau andersherum positiv. Die Fragestellungen zur Raumsituation werde man mit dem LVR klären.

Zu den zuvor gestellten Fragen bzw. bisherigen Prüfungen weist sie auf die verschiedenen Lösungsansätze hin. Das Gebäude der Russischen Föderation sei in einem vertretbaren Zeitraum nicht zu aktivieren. Eine dreizügige Gesamtschule sei vom Schulministerium eindeutig abgelehnt worden genauso wie eine vertikale Aufteilung. Über die Realisierbarkeit einer 4-Zügigkeit am Standort Berrenrather Straße ist im Schulausschuss sehr ausführlich diskutiert worden. Zur Sitzung am 22.01.2018 habe die Verwaltung zu einer Anfrage der SPD-Fraktion auf Basis einer Massenstudie zur Standortuntersuchung diesbezüglich ausführlich Stellung bezogen (Ergänzender Hinweis: Vorlagennummer: 0244/2018).

Konkret zur Möglichkeit, eine vierzügige Gesamtschule auf dem jetzigen Schulgrundstück von 7.491 m<sup>2</sup> Größe unterzubringen, stellt sie fest, dass ausweislich des Ergebnisses der Massenstudie voraussichtlich ein VIII-geschossiger Baukörper erforderlich wäre. Eine solche Lösung wird jedoch von der Berufsfeuerwehr unter Brandschutzaspekten nicht mitgetragen. Alle

diese Vorschläge erneut zu prüfen und zu diskutieren, sei nicht zielführend, da sich am Ergebnis nichts ändert.

Aus diesem Grund bittet die Dezernentin eindringlich um ein abschließendes Votum und appelliert an die Mitglieder des Schulausschusses wie auch der Bezirksvertretung Lindenthal, diese neue Gesamtschule jetzt auf den Weg zu bringen. Sie verweist auf den Entwurf des Erlasses zur Neuausrichtung der Inklusion, der eine Reduzierung der Klassenstärke vorsehe und ggf. bereits zum Schuljahr 2019/20 umgesetzt werden müsse und zu einem erheblichen Platzkapazitätsverlust in den Gesamtschulen führen wird. Angesichts der hohen Abweisungszahlen an Gesamtschulen werden trotz der neuen Gesamtschule Lindenthal immer noch Gesamtschulplätze fehlen.

Schließlich weist Frau Dr. Klein auf die „Ruckrede“ der Oberbürgermeisterin in der Ratssitzung vom 29. August 2018 hin, wo Frau Reker gefordert habe, Beschlüsse müssten schnell und an der gemeinsamen Sache orientiert gefasst werden. Sie zitiert wie folgt:

„Wenn wir wollen, dass mehr Bürgerinnen und Bürger uns ihr Vertrauen schenken, brauchen wir eine andere politische Kultur in unserer Stadt. Das bedeutet: keine Aufteilung von Interessen, sondern eine stärkere Orientierung an Gemeinsamkeiten. Verstehen Sie mich nicht falsch: Damit möchte ich die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mit Zuckerguss überdecken. Ich fordere vielmehr ein anderes Miteinander im politischen Diskurs! Wir müssen uns gemeinsam mehr anstrengen, um unser Köln nach vorne zu bringen. Nach den besten Lösungen suchen, um Kompromisse zu finden.“

Mir ist bewusst, dass Ihr herausragendes Engagement für die Sache, für Ihre Agenda, Ihre Wahlkreise und Bezirke die Grundlage für Ihre ehrenamtliche Arbeit im Rat und in den Bezirksvertretungen ist. Mir ist bewusst, dass bei diesem ehrenamtlichen Engagement, für das Sie alle unzählige Opfer bringen, oftmals nicht viel mehr übrig bleibt, als die Lust an der Diskussion.

Am Ende des Tages, meine Damen und Herren, darf diese Lust an der politischen Auseinandersetzung und die Begeisterung für die politischen Themen und die manchmal berechtigte Kritik an der Arbeit der Verwaltung aber nicht dazu führen, dass Sachentscheidungen auf die lange Bank geschoben und zwischen den unterschiedlichen Interessen zerrieben werden.“

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass bei Ablehnung des Beratungsbedarfs ein Zeitfenster für Überlegungen der Fraktionen bis zur Ratssitzung am 27. September 2018 eröffnet würde. Sie nimmt diesen Beratungsbedarf ernst, geht aber davon aus, dass dann bis zur Ratssitzung eine Klärung erfolgen könnte. Ihre Fraktion würde deswegen dem zweiten Verfahrensantrag zustimmen.

Anschließend lässt Herr Dr. Schlieben über die beiden Anträge zum Verfahren abstimmen.

**Beschluss:**

Die Beratung dieser Vorlage wird wegen Beratungsbedarfes einer Fraktion zurückgestellt; das würde bedeuten, dass ihre Beratung in der Bezirksvertretung Lindenthal am 24. September 2018, Schulausschuss 5. November 2018, sowie im Rat am 22. November 2018 stattfinden würde.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 4 Stimmen der CDU-Fraktion; dagegen: 8 Stimmen der SPD-Fraktion/der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/der Fraktion Die Linke/der FDP-Fraktion. Somit bleibt der TOP auf der Tagesordnung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist die Vorlage ohne Votum zur Beratung in die nachfolgenden Gremien und zur Beschlussfassung im Schulausschuss in einer Sondersitzung vor der Ratssitzung am 27. September 2018.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und eines Vertreters der CDU bei 1 Enthaltung der CDU-Fraktion sowie 2 Nichtbeteiligungen der CDU-Fraktion.

Herr Dr. Schlieben fasst die sich daraus ergebende Beratungsfolge wie folgt zusammen: 17. September 2018 AVR, 18. September 2018 Sportausschuss und 24. September 2018 BV 3 und Finanzausschuss. Er bittet die Verwaltung spätestens bis zur Sitzung der BV 3 die Fragen schriftlich zu beantworten und das Schreiben des LVR mit Stellungnahme bereitzustellen.

Frau Dr. Klein sagt zu, die Fragen zu beantworten und zusammen mit einem Auszug aus der Niederschrift dem Ausschuss und der Bezirksvertretung zur Verfügung zu stellen. Ebenso wird eine Stellungnahme zu dem Schreiben des LVR verfasst und übermittelt.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, bittet die Verwaltung um eine schriftliche Bestätigung der Auskunft, wonach nach Angabe des Schulministeriums eine 3-zügige Gesamtschule mit vertikaler Ausrichtung nicht möglich sein solle. Ihr liegen dazu andere Auskünfte vor.

Für Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, steht nicht im Vordergrund, dass eine dreizügige Gesamtschule nicht möglich wäre; vielmehr wolle sie an diesem Standort eine vertikale Ausrichtung haben. Warum hat die Verwaltung stattdessen eine horizontale Ausrichtung vorgeschlagen? Warum kann man das Einzugsgebiet beider Standorte nicht gleich halten? Die FDP-Fraktion präferiert eindeutig eine vertikale Teilung dieser Schule. Bei dem Standort der Elsa-Brändström-Realschule sollte der sportliche Schwerpunkt im Fokus stehen; bei dem anderen Standort der Gesamtschule sollte ein anderer Schwerpunkt gefunden werden.

Zu diesen Fragen erläutert Herr Pfeuffer, dass der Vorschlag der Verwaltung den schulrechtlichen Vorgaben entspricht. Zwar könne man eine neue Gesamtschule an 2 Teilstandorten vertikal führen, wenn sie mindestens 6 Züge hat. Dafür aber fehlt im vorliegenden Fall der Platz; für eine vertikale Gliederung ist eine Genehmigung daher nicht zu erwarten. Der FDP-Fraktion sichert er die Beantwortung der zusätzlichen schulrechtlichen Fragen zu.

Auf eine Bemerkung des Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU, erklärt Herr Dr. Schlieben, dass er den Auftrag annehme, einen Termin für eine Sondersitzung zu finden.

## Tagesordnung

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Allgemeines**

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2823/2018

#### **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 2.1 Für jede Kölner Schule einen Sozialarbeiter / eine Sozialarbeiterin  
AN/1136/2018  
  
Änderungsantrag zur Vorlage „Für jede Kölner Schule einen Sozialarbeiter / eine Sozialarbeiterin“, DS-Nr. AN/1136/2018; TOP 2.1  
AN/1217/2018
- 2.2 Schultoiletten zweimal täglich reinigen – schnellstmögliche Umsetzung noch in 2018  
AN/1218/2018

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.1 Frühere Anfragen
  - 3.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Frau Westphal zum Schulneubau Heliosgelände  
1913/2018
  - 3.1.2 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr  
AN/0598/2018  
  
Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr zu AN/0598/2018  
1392/2018
  - 3.1.3 Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete ab dem 19. Lebensjahr" (AN/1174/2017)  
1846/2018

3.1.4 Nutzung von Leichtbauhallen  
2097/2018

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Virtueller Klassenraum – für Deutschlernende und für alle?  
AN/0977/2018

AN/0977/2018 Virtueller Klassenraum - für Deutschlernende und für alle?  
2841/2018

3.2.2 Wann wird der erhöhte Reinigungssturnus für die Schultoiletten umgesetzt?  
AN/1138/2018

Wann wird der erhöhte Reinigungssturnus für die Schultoiletten umgesetzt?  
2855/2018

3.2.3 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln  
AN/1160/2018

3.2.4 Schulanmeldezahlen 5. Klasse ./ 7. Klasse  
AN/1174/2018

#### **4 Vorlagen der Verwaltung**

4.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Porz Mitte  
1061/2018

4.2 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022  
2440/2018

4.3 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln  
0510/2018

4.4 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule  
2627/2018

4.5 Zügigkeitserweiterung der Erich-Ohser-Grundschule, GGS Schulstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20  
2392/2018



- 4.6 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte  
2337/2018
- 4.7 Beschleunigungsmaßnahme Sonderprogramm ‚Maßnahmenpaket Schulbau‘  
GU/TU  
- Schulstandort Severinswall  
1214/2018/1
- 4.8 Antrag des Integrationsrates zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen  
2072/2018
- 4.9 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10)  
2803/2018
- 4.10 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf  
2419/2018
- 4.11 Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln - Mehrkostenanzeige  
1703/2018
- 5      **Mitteilungen****
- 5.1 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln"  
2024/2018
- 5.2 Containerprogramm für die Jahre 2019 bis 2021  
2275/2018
- 5.3 Das VHS-Programm für das 2. Semester 2018 ist erschienen  
2329/2018
- 5.4 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018  
2560/2018
- 5.5 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Projektlaufzeit  
2559/2018
- 5.6 Mehrstelle Elternberatung Inklusion  
2613/2018

- 5.7 Von der Achten bis zur Zehnten, Elternbegleiter zu den Standardelementen der beruflichen Orientierung in der Schule, im Rahmen von "Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)"  
2735/2018
- 5.8 Volkshochschule: Das Feriencamp talentCAMPus 2018 für geflüchtete Kinder und Jugendliche war wieder ein Erfolg!  
2664/2018
- 5.9 Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt in Köln  
2678/2018
- 5.10 Anpassung der Personalkostenzuschüsse an die Träger kommunaler Schulsozialarbeit an Grundschulen  
1402/2018
- 5.11 Zweiter Bericht der Abteilung Regionale Bildungslandschaft im Amt für Schulentwicklung  
2850/2018
- 5.12 Schülerbeförderung  
2927/2018
- 6 Anfragen**
- 7 Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Allgemeines**

#### **1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen**

#### **1.2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **1.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 2823/2018**

Herr Dr. Schlieben bezieht sich auf die Grundschule an der Hauptstraße in Porz, zu der die Verwaltung mitgeteilt hatte, es solle nach den Schulferien ein Container für die Mensa bereitstehen. Dies habe sich nach den ihm zugegangenen Auskünften nun wegen des Brandschutzes zerschlagen. Allerdings ist in einem neuen Schreiben der Gebäudewirtschaft mitgeteilt worden, in 3 Monaten soll nun ein neuer Container aufgestellt sein. Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass bei dieser Schule zum wiederholten Male die Umsetzung der gegebenen Auskünfte nicht funktioniert habe; dies sei sehr bedauernswert. Deswegen bittet er die Verwaltung um eine verbindliche Auskunft, ob man nun wirklich glauben könne, dass in 3 Monaten ein neuer Container für diese Schule bereitstehen wird.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, sichert eine klare Rückmeldung an den Vorsitzenden und die Schule in Porz zu.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet, dies auch dem Schulausschuss zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus fehlte in der letzten Mitteilung zur Grundschule an der Hauptstraße die Information, bis wann der Neubau stehen wird. Auch dieses nimmt Herr Gerhards auf.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bittet aus diesem Anlass um die grundsätzliche Auskunft, ob seitens der Verwaltung weitere GU- oder Modulbauprogramme angedacht sind. Er fordert für seine Fraktion in diesem Sinne eine Gesamtstrategie der Stadtverwaltung für alle sanierungsbedürftigen Schulen.

Herr Gerhards berichtet, dass er zur Zeit mit dem Amt für Schulentwicklung die Prioritätenliste abstimmt. Herr Baudezernent Greitemann möchte diese abgestimmte Liste bis Anfang Oktober vorliegen haben. Weiter teilt er mit, dass die Gebäudewirtschaft mittlerweile besser personell ausgestattet sei, was aber leider noch nicht für alle Schulprojekte ausreichend ist.

Herr Dr. Schlieben verabschiedet Herrn Gerhards mit Dank für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für die kommenden Herausforderungen viel Erfolg.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Für jede Kölner Schule einen Sozialarbeiter / eine Sozialarbeiterin AN/1136/2018**

**Änderungsantrag zur Vorlage „Für jede Kölner Schule einen Sozialarbeiter / eine Sozialarbeiterin“, DS-Nr. AN/1136/2018; TOP 2.1 AN/1217/2018**

Herr Dr. Schlieben unterbreitet den Vorschlag, Antrag und Änderungsantrag zu TOP 2.1 in den JHA zu verweisen, weil dieser fachlich zuständig sei. Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet um Auskunft, warum die Vorlage in den Jugendhilfeausschuss verwiesen werden soll, wo das Thema doch explizit Schule betrifft. Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen plädiert dafür, die Schulsozialarbeiterstellen nicht bloß gleichmäßig zu verteilen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, bis zu einer endgültigen Regelung durch die Landesregierung an jeder Kölner Schule einen Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin einzusetzen und übergangsweise die Finanzierung der fehlenden Stellen durch kommunale Mittel sicher zu stellen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die aktuelle Struktur für die Fachberatung und kommunale Begleitung der Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen auf der Basis der „Konzeption der kommunalen Schulsozialarbeit in Köln“ adäquat auszubauen und weiterzuentwickeln.

**Beschluss:**

1. Zwischen die beiden Absätze des vorgelegten Beschlusstextes wird der Satz eingefügt:

Dieses Verfahren darf nicht dazu führen, dass eine Schule künftig über weniger Schulsozialarbeiterstellen bzw. -stellenanteile verfügt.

2. Nach dem ersten Absatz werden folgende beiden Absätze eingefügt:

Die Verwaltung soll bei der Verteilung der Stellen auf die Schulen berücksichtigen, welche Schulen in ihrer pädagogischen Arbeit vor besondere Aufgaben gestellt sind: durch eine vergleichsweise hohe Zahl sozial benachteiligter Schüler\*innen, im inklusiven Unterricht und in der Integration neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher. Diese Schulen sollen prioritär mit weiteren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ausgestattet werden. Auch die Größe einer Schule soll dabei eine Rolle spielen.

Die Verwaltung erarbeitet ein Verfahren, das die genannten vier Kriterien berücksichtigt, um Schulen mit einem besonderen Bedarf an Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen zu ermitteln. Sie legt dieses Verfahren in einer Beschlussvorlage dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Beratung vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist den Antrag der SPD-Fraktion/Bunt und den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke in den Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**2.2 Schultoiletten zweimal täglich reinigen – schnellstmögliche Umsetzung noch in 2018 AN/1218/2018**

Herr Dr. Schlieben unterbricht die Sitzung für 3 Minuten zur Abstimmung des weiteren Vorgehens.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, kurzfristig zu prüfen, welche Restmittel – auch im allgemeinen Haushalt – zur Verfügung stehen, um den doppelten Reinigungsturnus zu Beginn dieses Schuljahres so früh wie möglich in den Kölner Schulen umzusetzen.
2. Der Servicebetrieb Reinigung wird beauftragt, noch in dieser Woche mit den Reinigungsfirmen die Gespräche zur Ausweitung der bestehenden Aufträge aufzunehmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diesen Antrag in die vor der Ratssitzung am 27. September vorgesehene Sondersitzung des Schulausschusses.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**3.1 Frühere Anfragen**

**3.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Frau Westphal zum Schulneubau Heliosgelände 1913/2018**

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet um Auskunft, warum Bauantrag und Entwurfsplanung parallel bearbeitet wurden und warum nur die mündliche Zustimmung des Nachbarn vorliegt.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, erläutert, dass man bei dieser Maßnahme sehr gut im Zeitplan liege. Auf dem Grundstück laufen gerade die grundstücksvorbereitenden Maßnahmen. Zu der angesprochenen mündlichen Zustimmung des Angrenzers gebe es eine Vereinbarung, die nur noch offiziell besiegelt werden müsse. Die Zwischenzeit bis zur Beurkundung habe man für die weitere Arbeit am Projekt nutzen wollen.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.2 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr AN/0598/2018**

**Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr zu AN/0598/2018 1392/2018**

Herr Dr. Schlieben teilt mit, dass thematisch hierzu auch die unter TOP 5.12 als Tischvorlage bereitgestellte Mitteilung gehört. Er berichtet, dass die Mitglieder des Schulausschusses von verschiedenen Seiten Hinweise darauf bekommen hätten, dass die Verwaltung das Verfahren zur Festlegung des Schülerspezialverkehrs so verändert habe, dass in einigen Fällen Kinder mit Behinderungen nicht mehr befördert würden.

Frau Dr. Klein betont in ihrer Stellungnahme, dass sich sowohl die Handhabung dieser Aufgabe und die rechtlichen Grundlagen für den Schülerspezialverkehr nicht geändert haben. Was aber in einigen Fällen festzustellen war, ist eine Veränderung der jeweiligen individuellen Situation; dies habe im Einzelfall zu Anpassungen geführt. Alle Fälle werden aber entsprechend der Schülerfahrkostenverordnung bearbeitet. Und die Verwaltung kommuniziert diese Fälle mit den betroffenen Eltern.

Frau Gorklo-Blameuser, Amt für Schulentwicklung, bezieht sich auf die zuvor geäußerte Bemerkung, wenn es denn keine Änderungen gegeben habe, dürfte es auch keine Beschwerden geben. Dies könne nicht so einfach gleichgesetzt werden. Vielmehr ist es auch bei dieser Aufgabe der Leistungsverwaltung so, dass nicht jede Entscheidung der Verwaltung auf Begeisterung trifft. Um die Relation zu verdeutlichen erläutert sie, dass pro Woche 20.000 Kinder befördert werden. Von den aktuell gestellten 2000 Anträgen wurden bislang 47 Fälle aus den verschiedensten Gründen abgelehnt. Der vermutlich den Informationen an die Ratsmitglieder zu Grunde liegende Antrag befinde sich noch in der Bearbeitung.

Herr Pannes, Fraktion Die Linke, mutmaßt, dass möglicherweise in Köln signifikant mehr Problemfälle aufgetreten seien. Er bittet um Auskunft, ob die Handhabung in Köln möglicherweise restriktiver als anderenorts ist und zuungunsten des Inklusionsgedankens ausfällt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, rekurriert auf die Aussage der Verwaltung, dass diese die Richtlinien unverändert anwendet. Dann könnte es möglicherweise eine Sache der Landespolitik sein. Sie möchte selbst verständlich, dass richtlinienkonform entschieden wird, wobei Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielt. Gleichzeitig möge die Verwaltung die gegebenen Spielräume weiterhin unverändert im Interesse der Eltern mit behinderten Kindern ausschöpfen. Frau Dr. Klein verdeutlicht dazu, dass die Stadt Köln die Schülerfahrkostenverordnung auch im Sinne und unter Berücksichtigung des Inklusionsgedankens handhabt - so wie der Ausschuss dies bisher wünscht. Das könne zwar zu höheren Kosten als in anderen Kommunen führen, ist jedoch im Sinne einer besseren Inklusion.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, hat von einer Schule zu den Nachprüfungsverfahren gehört, dass diese dafür über keine Stellenanteile verfügten. Darüber hinaus bittet er klar darzulegen, wie es sich mit der nächstgelegenen Schule verhält.

Frau Gorklo-Blameuser sagt zu, dass die Höhe der Stornokosten nachgeliefert werden kann. Weiter stellt sie klar, dass als Anhaltspunkt für die Bearbeitung immer die nächstgelegene und gleichzeitig geeignete Schule heranzuziehen ist. Bei einem davon abweichenden Schulwunsch müssten die Eltern entsprechend der Bestimmungen der Schülerfahrkostenverordnung die Mehrkosten tragen.

### **3.1.3 Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete ab dem 19. Lebensjahr" (AN/1174/2017) 1846/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **3.1.4 Nutzung von Leichtbauhallen 2097/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

### **3.2 Neue Anfragen**

#### **3.2.1 Virtueller Klassenraum – für Deutschlernende und für alle? AN/0977/2018**

**AN/0977/2018 Virtueller Klassenraum - für Deutschlernende und für alle?  
2841/2018**

Frau Gerlach, Ratsgruppe Bunt, bedankt sich für die Antwort und stellt fest, dass vor dem Hintergrund der vielen fehlenden Lehrer\*innen abgewartet werden muss, was aus dieser Angelegenheit entwickelt werden kann.

#### **3.2.2 Wann wird der erhöhte Reinigungsturnus für die Schultoiletten umgesetzt? AN/1138/2018**

**Wann wird der erhöhte Reinigungsturnus für die Schultoiletten umgesetzt?  
2855/2018**

Herr Dr. Schlieben stellt fest, dass diese Beantwortung wahrscheinlich zu dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 2.2 geführt habe.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

#### **3.2.3 Schulnotstand und Lehrkräftemangel in Köln AN/1160/2018**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

#### **3.2.4 Schulanmeldezahlen 5. Klasse ./ 7. Klasse AN/1174/2018**

Eine Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

### **4 Vorlagen der Verwaltung**

#### **4.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Porz Mitte 1061/2018**

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Porz Mitte unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligungen und Empfehlungen des Beirates Porz Mitte an die Bezirksvertretung Porz mit Gesamtkosten in Höhe von **20.926.000 €**.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A. Fördermittel für die zur Förderung vorgesehenen Maßnahmen des ISEK in einem Gesamtvolumen von 70% der förderfähigen Gesamtaufwendungen, rund **14,6 Mio. €** einzuwerben und die Maßnahmen vorbehaltlich der Bewilligungen umzusetzen.
  - B. die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum Porz Mitte wirksam werden, der Bezirksvertretung Porz vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
  - C. mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum Porz. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmen und seine Rechte auf Entscheidung nicht betroffen sind.
3. Des Weiteren beschließt der Rat die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum Porz Mitte aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind sowie die Vorfinanzierung der Kosten der für einen qualifizierten Förderantrag notwendigen Entwurfsplanung nach Leistungsphase 1-3 HOAI für die Maßnahmen aus dem ISEK. Die Deckung der Vorfinanzierung erfolgt im Teilplan 0902-Städtebauförderung. Die Kosten der Vorfinanzierung sind nach Bewilligung der Maßnahme durch die Bezirksregierung nachträglich mit voraussichtlich 70 % förderfähig. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 70 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen.
4. Der Rat beschließt die Anerkennung des Bedarfs für die im ISEK Porz Mitte aufgeführten Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von **20.926.000 €** vorbehaltlich der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen. Die erforderliche Veranschlagung des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2022 in Höhe von **14.643.300 €** sind im Haushaltsplanentwurf 2019ff inklusive mittelfristiger Finanzplanung bis 2022 zu veranschlagen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilplans 0902 – Städtebauförderung. Die entstehenden ergebniswirksamen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für 2023ff in Höhe von **6.282.700 €** sind nachrichtlich aufzuführen und in zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
5. Der Rat beschließt, das in Anlage 3 dargestellte Planungsgebiet Porz-Mitte als „Gebiet der Sozialen Stadt“ gemäß § 171 e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) festzulegen. Der Beschluss über die Gebietsfestlegung ist ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köln bekanntzumachen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien. Die Beschlussvorlage 2803/2018 soll dieser Vorlage als weitere Anlage beigefügt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.



#### **4.2 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022 2440/2018**

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, möchte die TAS auch weiterhin stützen und ist erfreut über diese Vorlage. Ihren Ausführungen schließen sich die Fraktionen von SPD und Die Linke an.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bedauert, dass eine so wichtige Einrichtung wie die TAS bislang nur mit immer neuen Befristungen arbeiten kann; er würde für seine Fraktion eine Entfristung begrüßen.

Herr Schüller, Amt für Weiterbildung, stellt dazu fest, dass bei der TAS nur unbefristete Mitarbeiter\*innen beschäftigt sind; nur im Projektbereich werden Kräfte mit Befristung eingesetzt.

##### **Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit dem Verein zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (VfJ e.V.) den als Anlage zu diesem Beschluss beiliegenden Zuschussvertrag ab 2019 abzuschließen. Die im Zuschussvertrag enthaltenen Beträge für die Jahre 2019 bis 2022 sollen zu einer auskömmlichen Finanzierung des Vereins sowie zur Betreibung der Tages- und Abendschule (TAS) und des angebundenen Selbstlernzentrums beitragen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel wurden im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) in der Haushaltsplananmeldung 2019 (2.180.080 €) veranschlagt sowie für die Jahre 2020 bis 2022 in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt (2020: 2.240.976 €; 2021: 2.303.721 €; 2022: 2.368.373 €).

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.3 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln 0510/2018**

##### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2019, das ganzheitliche Kölner Umweltbildungskonzept, in der als Anlage 1 bis 4 dargestellten Fassung.

Der Gesamtaufwand im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge beträgt 374.300 Euro p.a. und wird ab dem Haushaltsjahr 2019 im Haushaltsplan (in den Teilplanzeilen: 11, Personalaufwendungen, 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, 15, Transferaufwendungen und 16, sonstige ordentliche Aufwendungen) und der mittelfristigen Finanzplanung dauerhaft bereitgestellt. Die Mittel für die Maßnahme wurden im Haushaltsplanentwurf 2019 für die Jahre 2019 bis 2022 entsprechend veranschlagt.

Das Stellenbesetzungsverfahren für die einzurichtende Stelle EG13 ist mit dem Zeitpunkt dieses Beschlusses einzuleiten, damit zum 01.01.2019 mit der Realisierung begonnen werden kann. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2019 wird verwaltungsintern eine Verrechnungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

##### **Beschluss.**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule 2627/2018**

Die inhaltliche Diskussion fand teilweise bereits bei der Beratung über die Tagesordnung statt (siehe oben).

Herr Dr. Schlieben weist nochmals darauf hin, dass ein Votum des Schulausschusses in der noch zu terminierenden Sondersitzung getroffen wird. Er begrüßt Frau Weisbarth, Schulleiterin der Elsa-Brändström-Realschule, und erteilt ihr das Wort für ein Statement zu der Beschlussvorlage.

Frau Weisbarth erläutert die Situation ihrer Schule und stellt in einem leidenschaftlichen Plädoyer heraus, warum sie die von der Verwaltung vorgeschlagene Entscheidung unterstützt. Sie sei seit 20 Jahren Schulleiterin der Realschule und hat den Sportzweig an die Schule geholt; seinerzeit in erster Linie gedacht als Präventivmaßnahme. Eltern, Schule und das Umfeld hätten gemeinsam etwas Wichtiges geschaffen. Und ohne die Unterstützung der Stadt Köln wäre man bei der Sportausrichtung nicht so weit gekommen. Ihre Realschule ist stolz darauf, die Trainingsstätten von Rot Weiß Köln, des ASV und des 1. FC Köln sowie der Haie nutzen zu können. Sie weist darauf hin, dass man deswegen schon jetzt seit 10 Jahren nach Müngersdorf fährt; dies mit logistischer Unterstützung der Verwaltung.

Das Landesministerium und der DFB bewerten das Sportkonzept der Schule als sehr positiv. Die gesellschaftliche Entwicklung ist jedoch dahingegangen, dass aus der näheren Umgebung kaum noch Anmeldungen für die Realschule eingehen. Sie stellt fest, dass der Elternwille heute eindeutig in Richtung zur Gesamtschule gehe. In Zahlen bedeutet dies, dass es für ihre Realschule für das nächste Schuljahr nur 7 Anmeldungen gegeben habe. Wenn man keine Gesamtschule gründe, dann würde der Standort gegen die Wand gefahren.

Die Bezirksvertretung Lindenthal habe sich bereits positiv für eine Gesamtschule geäußert; die Sportvereine haben ebenfalls in diesem Sinne an die Oberbürgermeisterin appelliert. Weiter äußert sie die Sorge, dass das Land NRW den Titel „Sportschule NRW“ aberkennen würde, wenn die Stadt Köln keine entsprechende Entscheidung trifft.

Zusammenfassend sieht sie keine realistische Chance, alleine an ihrem Standort eine Gesamtschule zu führen. In diesem Jahr hat ihre Schule 55 geeignete Sportschüler als Realschüler aufgenommen. Es sei nun jedoch an der Zeit, einen Beschluss für die Gesamtschule zu treffen; sie wünscht sich, die entsprechenden Details gemeinsam zu diskutieren.

Herr Dr. Schlieben dankt für ihr Statement und stellt heraus, dass alle Teilnehmer des Schulausschusses hier eine Gesamtschule haben wollen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU, nimmt Bezug auf seine Mail vom 12. Juli 2018 an die Verwaltung und möchte dazu einige Fakten aus seiner Sicht klarstellen. Er geht darin auf die räumliche Situation ein und leitet daraus ab, dass vorstellbar wäre, nach einem Start der Gesamtschule mit der Sek I binnen 7 bis 8 Jahren die restlichen Räume zu schaffen.

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner Die Grünen, bittet um Auskunft, wie sich die Schülersituation an der Realschule in der 7. Klasse darstellt. Frau Weisbarth antwortet, dass die Stufe 7 normal gefüllt sei; es kommen dann viele Schüler von den Gymnasien hinzu.

Frau Dr. Klein nimmt zu der E-Mail des Herrn Dr. Zimmermann Stellung und stellt heraus, dass die Fragen nahezu ausschließlich innere Schulangelegenheiten betreffen. Zur angesprochenen Grundstücksgröße wiederholt sie, dass eine vierzügige Gesamtschule nicht auf ein Grundstück von 7.491 m<sup>2</sup> passt. Es gibt dazu ein Raumkonzept. Jedoch den Park auch nur teilweise für die Schule in Anspruch nehmen zu können, bewertet sie als völlig unrealistisch. In der Summe sei sein Vorschlag nicht genehmigungsfähig.

Herr Gräbener ergänzt, dass neben den Flächen für die Schulräume nach den Schulbaulinien auch noch ein Zuschlag von plus 0,6 für Verkehrsflächen, Nebenräume, Fluchtwege und Ähnliches hinzukommt und dies zusammen den erforderlichen Flächenbedarf ergibt. Dazu verweist er auf die bereits genannte Beantwortung einer Anfrage im Januar 2018. Rechnet man den Flächenbedarf in Bruttogeschossfläche um, ergibt das eben das zuvor bereits angesprochene VIII-geschossige Gebäude. Weitere Restriktionen, wie Landschaftsschutz, Denkmalschutz und Waldgebiet, kommen noch hinzu. Fazit der zahlreichen Gespräche auch mit den anderen Dienststellen ist, dass das nicht umsetzbar ist.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin FDP-Fraktion, bittet die Verwaltung zur Vorbereitung der Entscheidung Raumpläne der beiden Realschulen vorzulegen und von der Schulentwicklungsplanung eine Stellungnahme, wieso eine Aufteilung auf 3 Züge zu 3 Zügen nicht möglich sei.

Frau Dr. Klein antwortet dazu, dass die Verwaltung seit gut einem Jahr Fakten bereitstellt und alle Fragen beantwortet. Nun sei es an der Zeit, Entscheidungen zu treffen. Sie äußert die Hoffnung, der Ausschuss möge den Beschlüssen der Schulkonferenzen folgen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, äußert in einer persönlichen Erklärung seine Hoffnung, dass man nun dem Elternwunsch und den Beschlüssen der Schulen nachkommt. Alle wussten, dass 2 Standorte nicht optimal sind.

Im Laufe der Diskussion sei geäußert worden, dass an Gymnasien Realschulklassen eingerichtet würden - zu dieser Äußerung erbittet er eine Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Heuer stellt klar, dass es so nicht ist. Vielmehr würden Schüler mit Realschulempfehlung an Gymnasien angemeldet, die dann dort aber nicht erfolgreich sind. Das jedoch sei eine bildungspolitische Frage.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) die Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum 01.08.2019 mit 4 Zügen in der Sekundarstufe I und 2 Zügen in der Sekundarstufe II. Die Schule startet mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangsweise auf.
2. Die Gesamtschule wird gem. § 9 SchulG NRW als Ganztagschule geführt.
3. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die neue Gesamtschule ab dem Schuljahr 2019/20 an den beiden Teilstandorten Berrenrather Straße 488 (Sülz) und Alter Militärring 96 (Müngersdorf) geführt wird.
4. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag zur Genehmigung der Gesamtschule zu stellen.
5. Unter dem Vorbehalt der durch die Bezirksregierung Köln erteilten Genehmigung zur Errichtung der Gesamtschule in Lindenthal beschließt der Rat gem. § 81 Abs.

2 SchulG NRW die auslaufende Schließung der Elsa-Brändström-Realschule, Realschule Berrenrather Straße 488, 50937 Köln-Sülz sowie der Ernst-Simons-Realschule, Realschule Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf, ab dem Schuljahr 2019/20. Beide Schulen bilden dann keine neuen Eingangsklassen mehr.

6. Der Rat beschließt, dass die verbleibenden Klassen der Elsa-Brändström-Realschule zum Schuljahr 2021/22 an den Standort Alter Militärring 96 umziehen.
7. Der Rat beschließt, dass die derzeit an der Ernst-Simons-Realschule Alter Militärring angesiedelte Stelle Schulsozialarbeit bis zum Auslaufen der Schule erhalten bleibt. Die Stelle Schulsozialarbeit soll das Auslaufen der Schule begleiten.
8. Die Umsetzung der Gesamtmaßnahme erfolgt nach gesicherter Finanzierung. Für die hierfür notwendigen Bau- und Einrichtungsmaßnahmen werden die in diesem Zusammenhang erforderlichen Beschlüsse - unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen - zu einem späteren Zeitpunkt herbeigeführt. Es wird hiermit u.a. ein z.Zt. noch nicht kalkulierbarer Mehrbedarf bei der Schulmiete verbunden sein.
9. Der Rat der Stadt Köln bestätigt ausdrücklich, dass die Gesamtschule im Sinne des § 2 Abs. 5 Schulgesetz NRW ein inklusives Bildungsangebot vorhält, in der Schüler\*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gemeinsam lernen.
10. Die Stadt Köln hat ein hohes Interesse am Fortbestand des Verbundes NRW-Sportschulen. Der Rat der Stadt Köln würde es daher sehr begrüßen, wenn die Schulkonferenz der neuen Gesamtschule sich um den Titel der sportbetonten Schule bewerben würde, um so eine wichtige Rolle im Sportverbund zu übernehmen.
11. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

#### **Beschluss 1:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt die Behandlung dieser Vorlage wegen Beratungsbedarfs um eine Sitzungsfolge zurück. Die Beratung soll in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 24.09.2018 beginnen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

mit 4 Stimmen der CDU-Fraktion gegen 8 Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschluss 2:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien. Gleichzeitig beschließt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Einberufung einer Sondersitzung des Schulausschusses vor der Ratssitzung am 27. September zur Beratung dieser Vorlage.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der FDP-Fraktion und eines Vertreters der

CDU bei einer Enthaltung der CDU-Fraktion sowie 2 Nichtbeteiligungen der CDU-Fraktion.

**4.5 Zügigkeitserweiterung der Erich-Ohser-Grundschule, GGS Schulstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20  
2392/2018**

**Beschluss:**

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Erich-Ohser-Gemeinschaftsgrundschule, GGS Schulstraße, Schulstraße 16, 50767 Köln-Pesch gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20 zu erweitern.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderung zu stellen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte  
2337/2018**

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, den Förderantrag zur Fortsetzung des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für weitere 24 Monate als Höchstdauer der Förderung bis längstens 31.12.2021 zu stellen.

Zur Durchführung des Projektes beschließt der Rat die Verlängerung von drei befristeten Planstellen in der Bewertung EG 13 TVöD bis zum 31.12.2021.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Beschleunigungsmaßnahme Sonderprogramm ‚Maßnahmenpaket Schulbau‘ GU/TU  
- Schulstandort Severinswall  
1214/2018/1**

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Köln entscheidet, dass für die Zeit des Ausbaus der Sekundarstufe 2 der Integrierten Gesamtschule Innenstadt (IGIS) am Severinswall das ehemalige Gebäude des Rautenstrauch-Joest-Museums am Ubierring 45 als standortnahe Interimslösung genutzt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung der Fraktion Die Linke.

#### **4.8 Antrag des Integrationsrates zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen 2072/2018**

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erklärt, dass sie bei der Diskussion um die Tagesordnung versäumt habe, auf den in ihrer Fraktion bestehenden Klärungsbedarf hinzuweisen. Sie bittet deswegen jetzt, diese Vorlage heute ohne Votum weiter zu reichen.

##### **Beschluss:**

Auf Anregung des Integrationsrates beschließt der Rat,

1. das Eckpunktepapier zur Handlungsempfehlung der schulischen Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Köln zu erklären.
2. die Verwaltung zu bitten, eine Steuerungsstruktur zur Umsetzung des Eckpunktepapiers einzurichten. Zur Vermeidung von Doppelstrukturen sind bereits vorhandene Steuerungs- und Partizipationsgremien der Bildungslandschaft Köln (Lenkungskreis und Bildungskonferenz) zu nutzen. Aus diesem Grunde sollte das Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration, das Kommunale Integrationszentrum und das Regionale Bildungsbüro damit beauftragt werden.
3. die Verwaltung zu bitten,
  - die aktuellen Entwicklungen und Erkenntnisse zum Eckpunktepapier, die sich in der Zwischenzeit ergeben haben, zu ergänzen,
  - einen Sachstand zur Umsetzung der einzelnen Handlungsempfehlungen zu geben,
  - eine Priorisierung der noch offenen Handlungsempfehlungen vorzunehmen,
  - und die zur Umsetzung der offenen Handlungsempfehlungen erforderlichen Ressourcen soweit möglich darzustellen.

Darüber hinaus wird gebeten, jährlich einen Bericht zum (Umsetzungs-) Stand des Eckpunktepapiers im Integrationsrat und im Ausschuss Schule und Weiterbildung vorzulegen.

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.9 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10) 2803/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zu diesem Tagesordnungspunkt beschlossen, ihn gemeinsam mit TOP 4.1 zu behandeln.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Anregung der Bezirksvertretung Porz zur Kenntnis.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt die Beratung dieser Vorlage in die Sondersitzung am 27. September vor der Ratssitzung zurück. Gleichzeitig beschließt der Ausschuss, dass diese Beschlussvorlage als weitere Anlage der Beschlussvorlage „Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet „Soziale Stadt“ Porz Mitte“ (1061/2018) beigefügt wird.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.10 Planungsbeschluss zur Errichtung von Neubauten für ein Gymnasium und eine Grundschule in Köln-Ossendorf 2419/2018**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt zur Abmilderung des Schulnotstandes die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung:

- eines 6/8-zügigen Gymnasialgebäudes (ohne Ganztags Schulbetrieb) inkl. einer 2-fach – und einer 3-fach Turnhalle und einer Hausmeisterdienstwohnung an der Fitzmauricestraße sowie

- eines 1-zügigen Grundschulgebäudes inkl. einer 1-fach Turnhalle an der Anna-Lindh-Straße,

beide in 50829 Köln-Ossendorf.

Das Grundschulgebäude muss (mit einem später zu planenden Erweiterungsbau) auf bis zu insgesamt 3 Züge erweiterbar sein.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen und Kostenermittlungen aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kostenschätzung auf rd. 9,3 Mio. € (8,1 Mio. € Gymnasium, 1,2 Mio. € Grundschule). Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301 veranschlagt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stellt die Beratung dieser Vorlage um eine Sitzungsfolge zurück.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.11 Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln - Mehrkostenanzeige  
1703/2018**

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die erwarteten Mehrausgaben gegenüber der Kostenberechnung von 2015 in Höhe von rund 2.109.000 € für die Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädiotechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln zur Kenntnis und stimmt einer Fortführung der Baumaßnahme zu.
2. Die Gesamtkosten für die Generalsanierung betragen nunmehr 9.656.000 € statt 7.547.000 €. Die voraussichtlichen Mehrausgaben in Höhe von 2.109.000 € werden aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft finanziert und über den Flächenverrechnungspreis (FVP) generiert.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verweist diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5 Mitteilungen**

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung zur Beratung der Fraktionssprecher teilt Herr Dr. Schlieben mit, dass bei der mit dem TOP 4.1 verknüpften Vorlage 4.9 (Drucksachen-Nr. 2803/2018) natürlich nur der Schulausschuss zur Beschlussfassung aufgefordert ist. Die entsprechende Entscheidung darüber wird in der Sondersitzung des Schulausschusses am 27.09.2018 getroffen werden.

**5.1 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln"  
2024/2018**

Herr Philippi, SPD-Fraktion, weist auf ein grundsätzliches Problem hin, welches aus dieser Vorlage deutlich wird. In dem Programm sind zahlreiche gute Maßnahmen enthalten; der Sachstandsbericht enthält jedoch bei zahlreichen Projekten den Hinweis, die Maßnahme werde von der Fachverwaltung nicht weiter verfolgt. Hintergrund sei eine geänderte Finanzierung durch das Land, weil im vergangenen Jahr der Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Kinderarmut gelegt worden sei. Dadurch sei es so, dass durch diese Umschichtung einige gute Sozialraumprojekte nicht fortgeführt werden könnten. Er nennt als Beispiel ein Bildungsberatungszentrum für Bickendorf und appelliert an die Ausschussmitglieder, gemeinsam zu überlegen, ob im Einzelfall die Stadt mit einer ergänzenden Finanzierung einspringen könnte.

Herr Dr. Schlieben schätzt es so ein, dass bei der weiteren Beratung des Sachstandsberichtes insbesondere die Bezirksvertretungen sowie der Ausschuss für Soziales und Senioren auf diesen Aspekt achten sollten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.



**5.2 Containerprogramm für die Jahre 2019 bis 2021  
2275/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Das VHS-Programm für das 2. Semester 2018 ist erschienen  
2329/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018  
2560/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit  
psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Pro-  
jektlaufzeit  
2559/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 Mehrstelle Elternberatung Inklusion  
2613/2018**

Herr Dr. Schlieben geht davon aus, dass die Verwaltung damit über den Sachstand informieren wollte und befürwortet, dass die Fraktionen dies im Sinne einer besseren Lösung mit in die Haushaltsplanberatungen nehmen sollten. Frau Gorklo-Blameuser informiert, dass die Einrichtung der Stelle ein Wunsch aus dem politischen Veränderungsnachweis gewesen ist; die Einrichtung der Stelle jetzt erneut zu versuchen, kann auch nur über den Weg des politischen VN ermöglicht werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Von der Achten bis zur Zehnten, Elternbegleiter zu den Standardelemen-  
ten der beruflichen Orientierung in der Schule, im Rahmen von "Kein  
Abschluss ohne Anschluss (KAoA)"  
2735/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Volkshochschule: Das Feriencamp talentCAMPus 2018 für geflüchtete  
Kinder und Jugendliche war wieder ein Erfolg!  
2664/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexueller Orientierung und geschlechtlicher Vielfalt in Köln  
2678/2018**

Herr Busch, Stadtarbeitsgemeinschaft LST, merkt an, dass er die Netzwerkarbeit und die Arbeit des SCHLAU Köln e.V. aus eigener Anschauung kennt. Der Bedarf für solche Beratung ist vorhanden und er ist sehr erfreut darüber, dass diese Angebote weitergeführt werden können.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 Anpassung der Personalkostenzuschüsse an die Träger kommunaler Schulsozialarbeit an Grundschulen  
1402/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.11 Zweiter Bericht der Abteilung Regionale Bildungslandschaft im Amt für Schulentwicklung  
2850/2018**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.12 Schülerbeförderung  
2927/2018**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde im Zusammenhang mit TOP 3.1.2 beraten. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass die von der Verwaltung für diese Ausschusssitzung vorgesehene Vorlage der überarbeiteten Schulentwicklungsplanung nun für die Sitzung im November angekündigt ist. Dort könne über diese Vorschläge diskutiert werden.

**6 Anfragen**

Herr Wirth, sachkundiger Einwohner Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass in der Johann-Brendel-Realschule, einer Schule in einem sozialen Brennpunkt, Raumnot herrscht. Ausgelöst durch Seiteneinsteiger mussten bereits zusätzliche Klassen geschaffen werden; die Situation habe sich aktuell verschärft durch eine Einrichtung einer weiteren Klasse infolge von Abschlüssen von Gymnasien. Dafür müsse jetzt ein Musikraum eingesetzt werden. Ihm stellt sich die Frage, wie Schulen mit diesem Problem der Abschlüssen umgehen sollen, wenn es kaum noch Haupt- und Realschulen gebe.

Frau Heuer ist diese Situation bekannt; sie weist darauf hin, dass das genau der Grund ist, weshalb die Verwaltung immer wieder auf den Schulbaunotstand hinweist. Die dahinter stehende Frage nach der Gliederung des Schulsystems ist Sache der Landespolitik. Deswegen sollte die entsprechende Diskussion in den Landtag eingebracht und dort geführt werden.

Herr Dr. Schlieben sieht die Wortmeldung als ein Statement an mit Hinweis auf die unbefriedigende Situation.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, berichtet, dass nach einem Eckpunktepapier der Landesregierung ab dem nächsten Schuljahr 2019/2020 nur noch in Schwerpunktschulen inklusiv

unterrichtet werden soll. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, was unternommen worden ist bzw. wird, um solche Schwerpunktschulen bilden zu können.

Für den nicht mehr anwesenden Herrn Pannes, beratendes Mitglied Fraktion Die Linke, bittet er hinsichtlich des geplanten Schulstandortes an der Alteburger Straße in der Parkstadt Süd um Auskunft, ob der Grunderwerb der entsprechenden Landesliegenschaft auf einem guten Weg sei. Frau Dr. Klein sagt zu, diese Frage an das zuständige Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen weiterzugeben.

## **7      Verschiedenes**

Köln, den 10.10.2018

Herr Dr. Schlieben

Vorsitzender

Herr Klais

Schriftführer